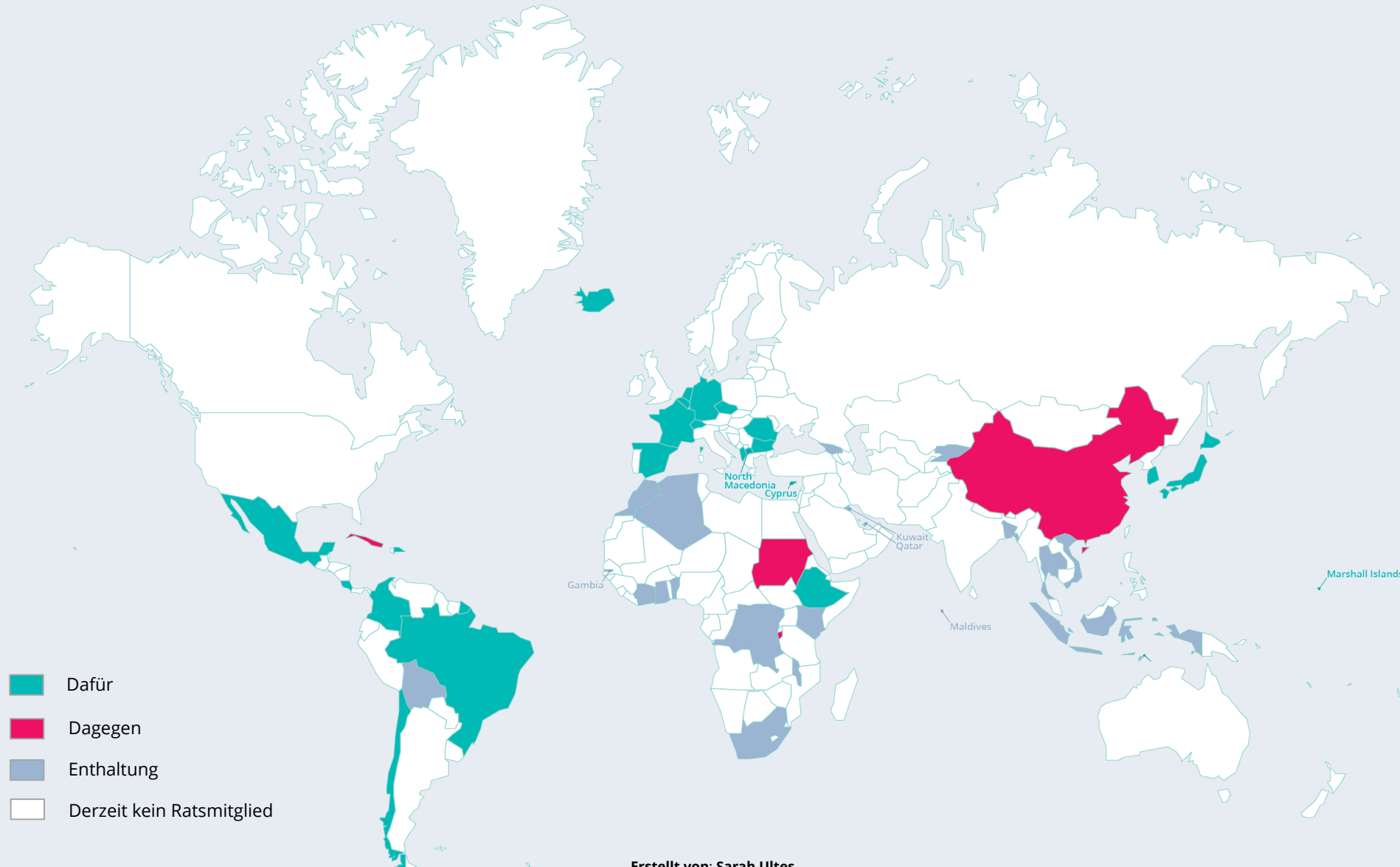


Abstimmung über Mandatsverlängerung für Sonderberichterstatter zu Menschenrechtsslage in Eritrea während des 59. UN-Menschenrechtsrats

Karte des Monats Juli 2025



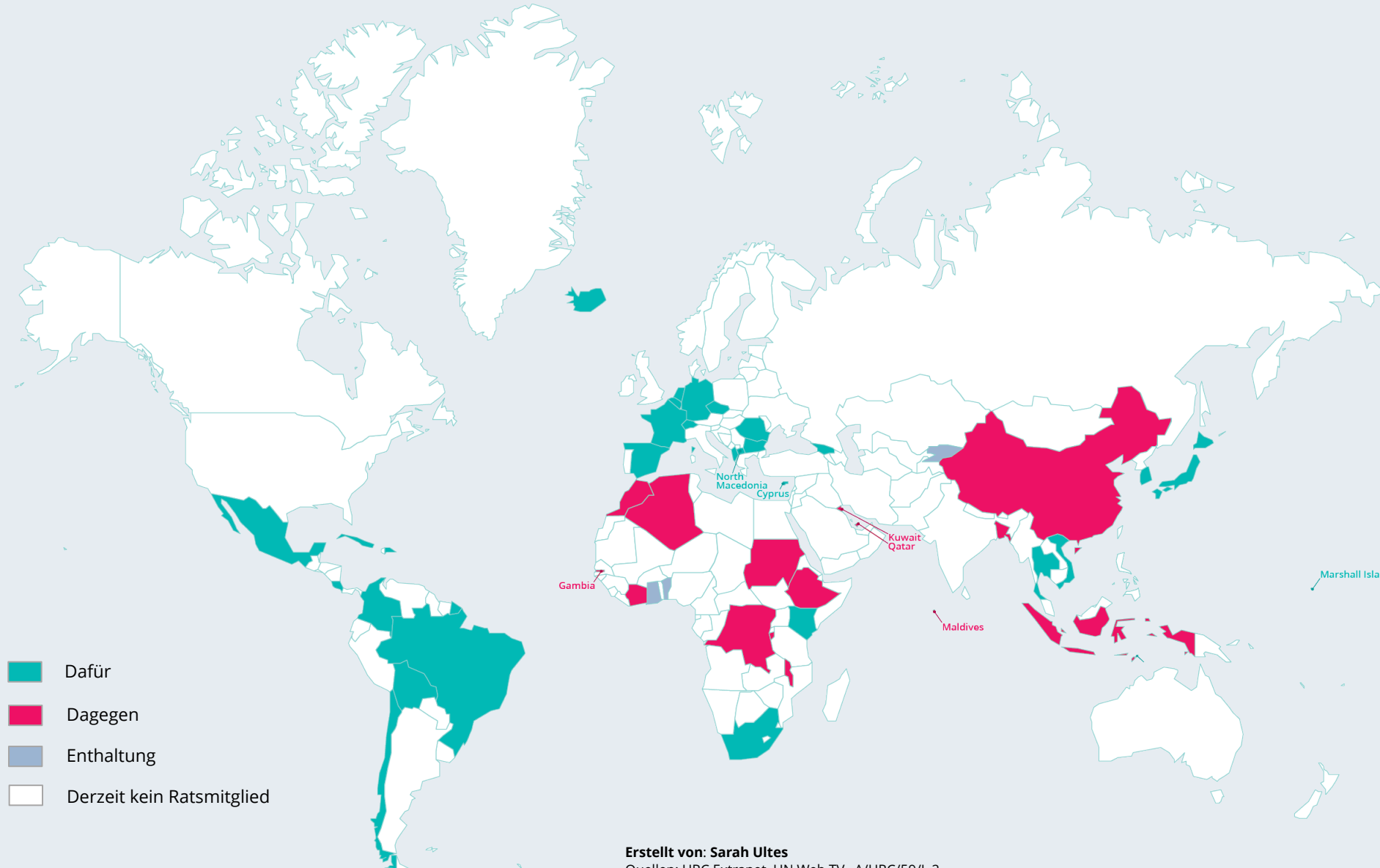
- Während der 59. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats wurde unter Item 2 eine Resolution zu Eritrea mit 23 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen (Burundi, China, Kuba und Sudan) angenommen. 20 Staaten enthielten sich der Stimme.
- Die Resolution wurde von Polen im Namen der europäischen Länder, die derzeit auch Mitglieder des Rats sind, eingebracht. Sie drückten darin ihre tiefe Sorge über die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und -verstöße sowie über die mangelnde Kooperationsbereitschaft der eritreischen Regierung aus. Auch das Mandat des Sonderberichterstatters für die Menschenrechtsslage in Eritrea wurde um ein weiteres Jahr verlängert.
- Eine Gegenresolution, welche von Eritrea selbst eingebracht wurde und auf die Nichtverlängerung des Mandats des Sonderberichterstatters zielte, wurde indes nach einer Abstimmung abgelehnt.
- Mit Hilfe eines mündlichen Änderungsantrags versuchte der Sudan, sich noch den europäischen Text auszusprechen. Sein Änderungsantrag wurde jedoch mit 24 Gegenstimmen, einer Ja-Stimme (Sudan) und 19 Enthaltungen abgelehnt.

Erstellt von: Sarah Ultes

Quelle: HRC Extranet, UN Web TV, A/HRC/59/L.1/Rev.1, A/HRC/59/L.7

Abstimmungen über Mandatsverlängerung des unabhängigen Experten für den Schutz vor Gewalt und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität während des 59. UN-Menschenrechtsrats

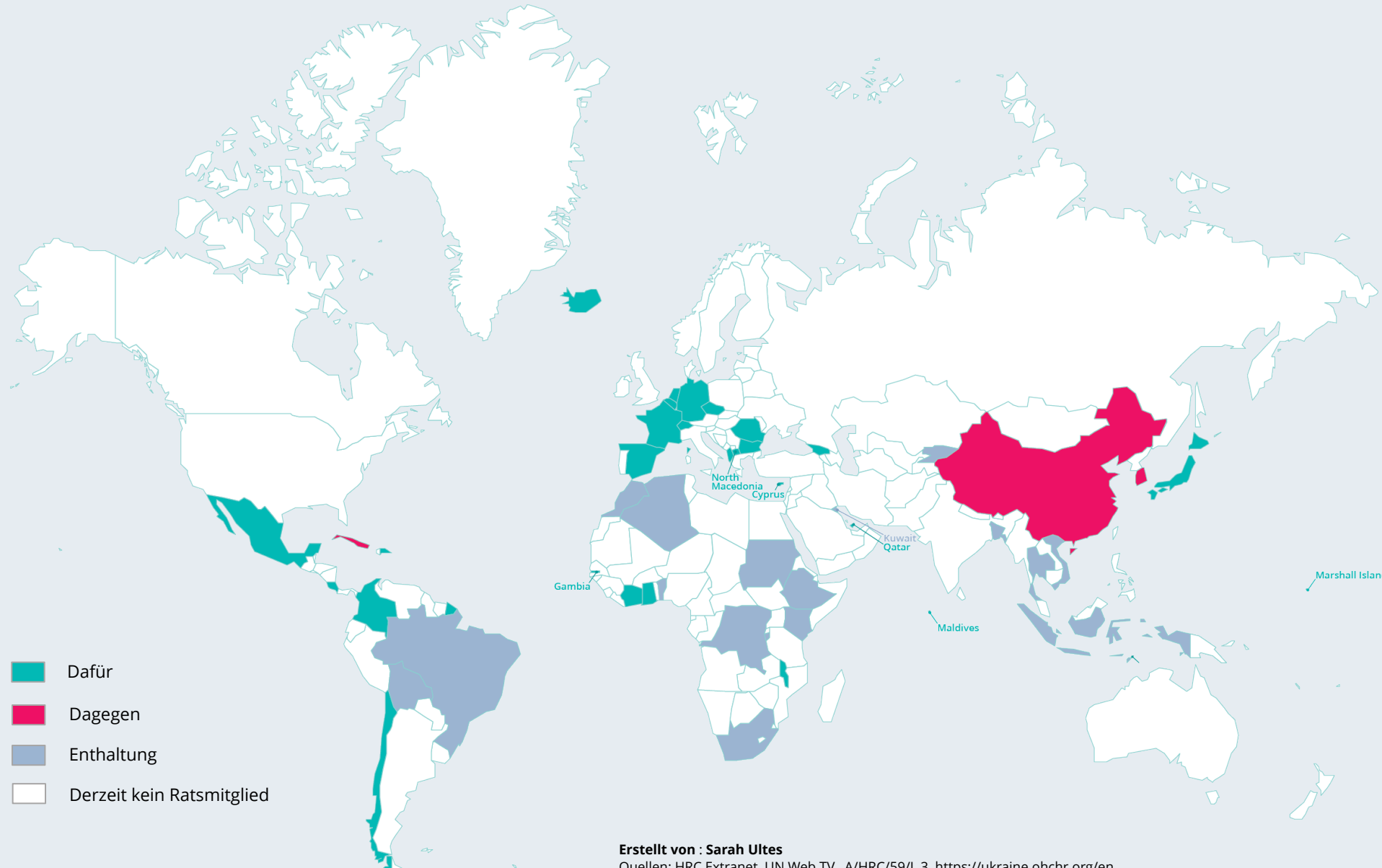
Karte des Monats Juli 2025



- Während der 59. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats legten Uruguay, Brasilien, Chile, Kolumbien, Costa Rica und Mexiko einen Resolutionsentwurf vor, um das Mandat des unabhängigen Experten für den Schutz vor Gewalt und Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität um drei Jahre zu verlängern.
- Die Resolution wurde mit 29 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen (Algerien, Bangladesch, Burundi, China, Elfenbeinküste, DR-Kongo, Äthiopien, Gambia, Indonesien, Kuwait, Malawi, Malediven, Marokko, Katar und Sudan) angenommen. Drei Staaten enthielten sich der Stimme.
- Kuwait hatte im Namen der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIZ) die Abstimmung beantragt und erklärte, dass sich die Wissenschaft in Bezug auf dieses „Konzept“ noch in der Entwicklung befinde, dass es seinen kulturellen und religiösen Besonderheiten sowie seinen rechtlichen Rahmenbedingungen widerspreche und dass das Mandat die Polarisierung und Spaltung im Rat nur noch verstärke. Es sah es als „einen weiteren Versuch, das Vertrauen bestimmter Länder in das Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte (OHCHR) und den Rat zu untergraben“.

Abstimmungen über Resolution Kooperation mit und Unterstützung für die Ukraine im Bereich der Menschenrechte während des 59. UN-Menschenrechtsrats

Karte des Monats Juli 2025



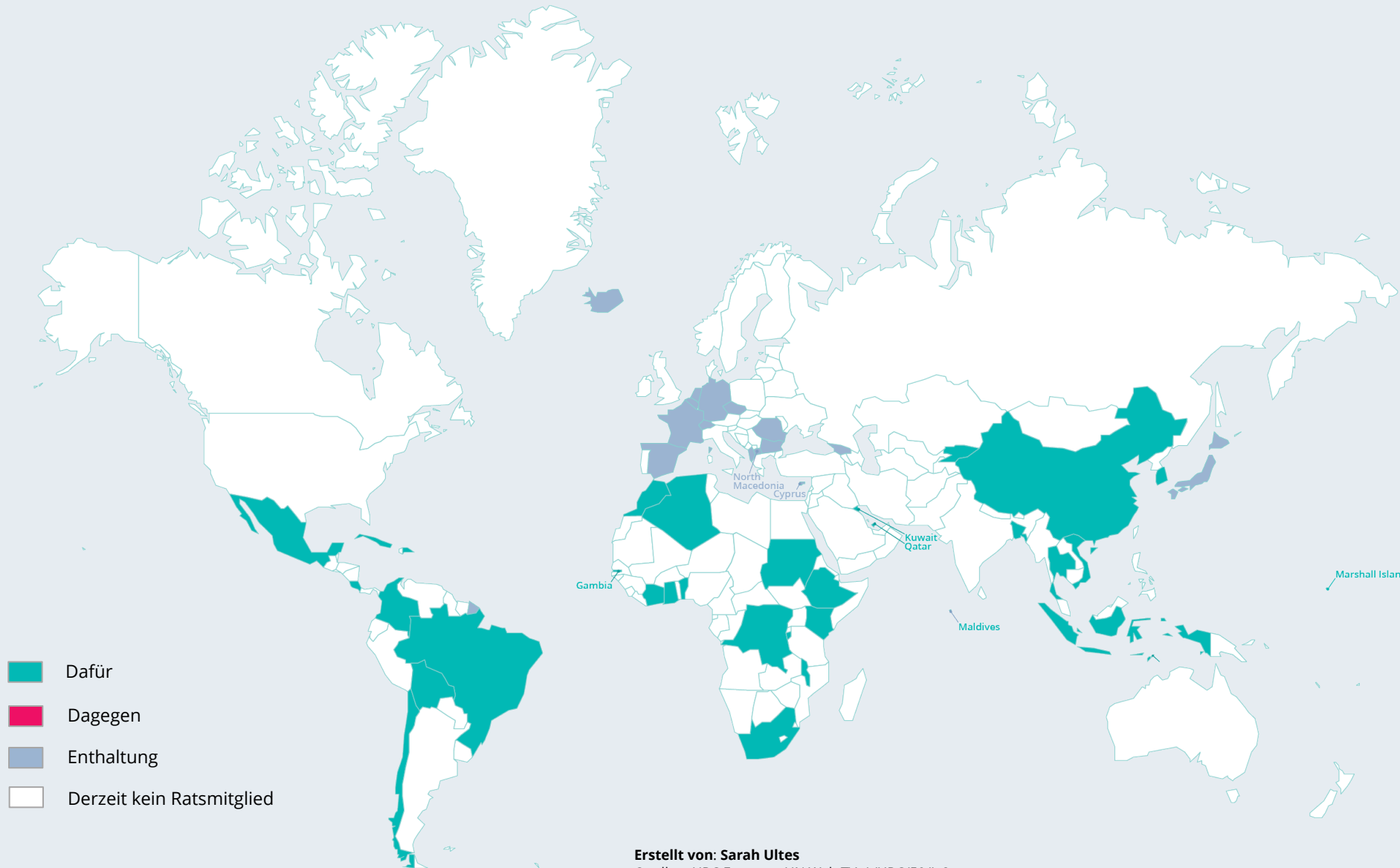
- Während der 59. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats legte die Ukraine eine Resolution zur technischen Zusammenarbeit des Büros des Hohen Kommissars für Menschenrechte (OHCHR) mit ihrem eigenen Land vor.
- Sie ersucht den UN-Hochkommissar, dem Rat auf jeder seiner Sitzungen bis zur 65. ein mündliches Update über die Berichte seines Büros zur Ukraine zu geben, woraufhin ein interaktiver Dialog folgen soll. Die Berichte basieren auf der Arbeit der Beobachtungsmission, welche täglich mit Opfern und Zeugen von Menschenrechtsverletzungen im ganzen Land, einschließlich in den von der Russischen Föderation besetzten Gebieten, in Kontakt steht.
- China hatte eine Abstimmung beantragt und den Text dafür kritisiert, dass er Friedensgespräche nicht fördere, sondern „technische Hilfe nutze, um Druck auf andere souveräne Staaten auszuüben, was Konflikte und Konfrontationen nur verschärfe und einer friedlichen Beilegung der Ukraine-Krise nicht förderlich“ sei.
- Zusammen mit Kuba stimmte China gegen den Antrag. Die Resolution wurde von 28 Staaten unterstützt, die dafür stimmten, während 17 sich der Stimme enthielten.

Erstellt von : Sarah Ultes

Quellen: HRC Extranet, UN Web TV, A/HRC/59/L.3, <https://ukraine.ohchr.org/en>

Abstimmung über Zugang zu Medikamenten, Impfstoffen und anderen Gesundheitsprodukten während der 59. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats

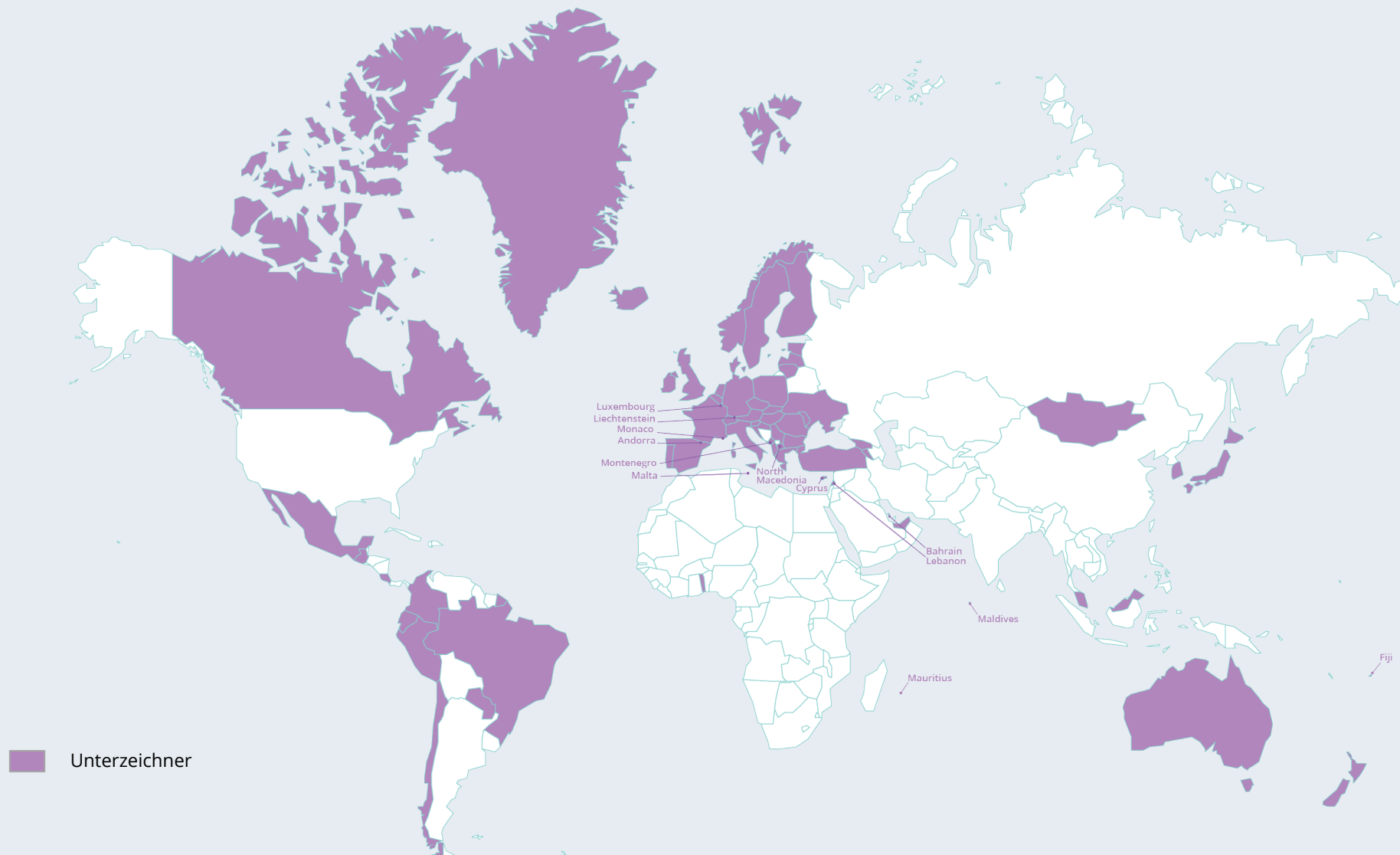
Karte des Monats Juli 2025



- Während der 59. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats wurde eine Resolution über den Zugang zu Medikamenten, Impfstoffen und anderen Gesundheitsprodukten mit 32 Ja-Stimmen, keinen Gegenstimmen und 15 Enthaltungen angenommen. Sie wurde von Brasilien, Bangladesch, China, Ägypten, Indien, Indonesien, Senegal, Südafrika und Thailand eingebracht und bezieht sich auf die Verabschiedung des Pandemievertrags während der 78. Weltgesundheitsversammlung (WHA).
- Sie fordert Staaten u.a. auf, „den Zugang zu sicheren, wirksamen, hochwertigen und erschwinglichen Medikamenten, Impfstoffen, Diagnostika und Therapeutika sowie anderen Gesundheitsprodukten und -technologien für alle zu fördern, unter anderem durch die vollständige Anwendung der Bestimmungen des Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS-Übereinkommen)“. Sie fordert zudem das Büro des Hohen Kommissars (OHCHR) auf, eine Studie und einen Bericht über bestehende Schutzlücken vorzulegen.
- Die Tschechische Republik beantragte eine Abstimmung, und alle EU-Mitgliedstaaten, die derzeit Mitglieder des Rates sind, enthielten sich der Stimme. Die Tschechische Republik kritisierte die Doppelung laufender Prozesse (etwa zum PABS System), dass in der Resolution ein klarer menschenrechtsbasierter Ansatz fehle und dass Formulierungen, die sich auf einseitige Zwangsmaßnahmen (UCMs) oder Sanktionen beziehen, die nicht relevant sind, die Gefahr einer Politisierung bergen.

Unterzeichner einer gemeinsamen Erklärung zur Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ während der 59. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats

Karte des Monats Juli 2025



- Während der 59. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats gab Spanien im Namen von 64 Ländern eine gemeinsame Erklärung ab, in welcher sie betonten, dass die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats ein Meilenstein war und die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ (WPS) nach wie vor von großer Bedeutung sei.
- Sie betonten, dass Frauen und Mädchen in Konflikten, Postkonfliktsituationen und humanitären Notlagen auch 25 Jahre nach der Verabschiedung der Resolution weiterhin inakzeptabel häufig sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt seien. Darüber hinaus schrumpfte der Raum für Menschenrechtsverteidigerinnen und Friedensstifterinnen, weshalb sie mit Besorgnis die anhaltende Unterrepräsentation von Frauen in allen Phasen von Friedensprozessen zur Kenntnis nehmen.
- Die Erklärung erinnert an die zentrale Rolle des Menschenrechtsrats, da die WPS-Verpflichtungen in seinen Resolutionen und Mechanismen, einschließlich der allgemeinen Staatenüberprüfung, enthalten sind.
- Die Gruppe fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Anstrengungen zur Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter und zur Stärkung aller Frauen und Mädchen zu verdoppeln, ihre eigenen Verpflichtungen zu erfüllen und die WPS-Agenda in die Realität umzusetzen.